

Europaweite Ausschreibung
(Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb)

der

Behandlung/Verwertung
von Siedlungsabfällen

aus den Gebieten

des Abfallwirtschaftsverbandes Chemnitz (AWVC),
des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen
(ZAS) und des Vogtlandkreises

LEISTUNGSBESCHREIBUNG

Inhaltsverzeichnis		Seite
1	Allgemeines	3
2	Beschreibung der einzelnen Leistungen	4
2.1	Generelle Vorgaben	4
	2.1.1 Organisation, Qualitätssicherung und Nachweisführung	4
	2.1.2 Flexibilität	4
	2.1.3 Ausfallverbund	5
	2.1.4 Erreichbarkeit und Meldepflichten	5
2.2	Behandlung/Verwertung von Siedlungsabfällen	6
	2.2.1 Leistungsumfang	6
	2.2.2 Übernahme der Abfälle	6
	2.2.3 Abfallbehandlung/-verwertung	8
	2.2.4 Abfallzusammensetzung/-qualität	9
	2.2.5 Abrechnung und Nachweisführung	10
3	Mengengerüst	11
3.1	Allgemeines	11
3.2	Mengenentwicklung (Ist)	11
3.3	Mengenprognose (Auswertungsmengen)	11

1 Allgemeines

Der Abfallwirtschaftsverbandes Chemnitz (AWVC), der Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS) und die Kreisentsorgungs-GmbH Vogtland (KEV) – im Folgenden Auftraggeber genannt – schreiben die Behandlung/Verwertung von Siedlungsabfällen (einschließl. der Entsorgung der bei der Behandlung/Verwertung anfallenden Outputfraktionen [Wertstoffe, Behandlungsreste usw.]) aus ihren Gebieten aus.

Die Abfälle werden durch den Auftraggeber oder dessen beauftragten Dritten an die vorgesehene Behandlungs-/Verwertungsanlage des Auftragnehmers angeliefert.

Der Auftrag ist in folgende Lose gegliedert:

Los 1: Mengen aus dem Gebiet des AWVC

(Gegenstand der Leistung ist ausschließlich der Siedlungsabfall aus der Stadt Chemnitz)

Los 2: Mengen aus dem Gebiet des ZAS

(Gegenstand der Leistung ist der Siedlungsabfall aus dem gesamten Verbandsgebiet, d.h. aus dem Landkreis Zwickau und dem Erzgebirgskreis)

Los 3: Mengen aus dem Gebiet des Vogtlandkreises

(Gegenstand der Leistung ist der Siedlungsabfall aus dem Vogtlandkreis)

Bei den ausgeschriebenen zu behandelnden/zu verwertenden Abfällen handelt es sich überwiegend um Siedlungsabfälle, welche üblicherweise in privaten Haushalten oder anderen Herkunftsbereichen anfallen und dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger gem. § 17 KrWG zu überlassen sind. Dazu zählen insbesondere die in Ziffer 2.2.4 aufgeführten Abfallschlüsselnummern.

Für die Behandlung/Verwertung der Abfälle wird vom Auftraggeber kein bestimmtes Verfahren bzw. keine bestimmte Technik vorgegeben. Maßgebend sind ausschließlich die nachfolgend vorgegebenen Mindestanforderungen.

Die Leistungserbringung für alle Lose beginnt am 01.06.2030.

Die vorliegende Leistungsbeschreibung gibt u. a. Auskunft über

- die organisatorischen Rahmenbedingungen und
- die relevanten Mengengerüste.

Außerdem werden in der Leistungsbeschreibung Mindestanforderungen für die Leistungserbringung, z. B. für

- Annahmezeiten

und

- Qualitätssicherung/Nachweisführung

definiert.

Daneben enthält die Leistungsbeschreibung weitere Informationen zur Kalkulation der anzubietenden Leistungen.

2 Beschreibung der einzelnen Leistungen

2.1 Generelle Vorgaben

2.1.1 Organisation, Qualitätssicherung und Nachweisführung

Art und Umfang der für die Leistungserbringung erforderlichen Kapazitäten (Personal und Technik) können durch den Auftragnehmer unter Berücksichtigung der in dieser Leistungsbeschreibung genannten Vorgaben frei gewählt werden.

Die Verantwortung für eine ordnungsgemäße Leistungserbringung liegt beim Auftragnehmer. Kriterien hierfür sind z. B. die

- Einsatz von qualifiziertem Personal und geeigneter Technik,
- Vorhaltung ausreichender Lager-/Behandlungs-/Verwertungskapazitäten,
- Einhaltung der Mindestvorgaben bezüglich der Abfallanlieferung/-übernahme,
- Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben und der einschlägigen Vorschriften und Regelwerke bzgl. der Lagerung, Behandlung/Verwertung und Entsorgung von Abfällen, insb.
 - Einhaltung gesetzlicher Erfordernisse und genehmigungsrelevanter Auflagen an den mit der Leistungserbringung in Verbindung stehenden Betriebsstätten,
 - betriebssicherer Zustand der Maschinen und Geräte,
 - Einhaltung arbeitsschutzrechtlicher Vorgaben (z. B. Berufsgenossenschaft).
- Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit an den vom Auftragnehmer im Zusammenhang mit der ausgeschriebenen Leistung betriebenen Betriebsstätten,
- Einhaltung der vertraglich zugesicherten bzw. vereinbarten Leistungsbestandteile/Eigenschaften.

Die Organisation der Abfallübernahme hat in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber zu erfolgen.

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber gegenüber spätestens mit der Auftragserteilung einen festen entscheidungsbefugten Ansprechpartner sowie einen Vertreter für etwaige Mängelanzeigen zu benennen.

Alle vom Auftraggeber geforderten Leistungsnachweise sind mit dem Namen und der Unterschrift des jeweiligen Leistungserbringers zu versehen. Diese sind nach Vorgabe des Auftraggebers in Papierform und/oder in elektronischer Form zu übermitteln. Der Auftraggeber behält sich vor, nach Auftragserteilung dafür entsprechende Formatvorgaben zu machen bzw. eine Formatvorlage zu liefern.

Alle an den Auftraggeber übermittelten Daten sind beim Auftragnehmer mindestens 2 Jahre zu speichern und dem Auftraggeber bei Bedarf nochmals zur Verfügung zu stellen.

2.1.2 Flexibilität

Der Auftragnehmer hat die Leistungserbringung auch bei veränderten rechtlichen und organisatorischen Anforderungen und veränderten Mengen abzusichern.

Jahreszeitliche und arbeitstägliche Schwankungen sowie längerfristige Entwicklungen der Abfallmengen und deren Zusammensetzung liegen grundsätzlich außerhalb des Einflussbereichs des Auftraggebers und sind vom Auftragnehmer bei der für die Angebotskalkulation erforderlichen Kapazitätsplanung zu berücksichtigen.

Für planmäßige und außerplanmäßige Stillstandzeiten der genutzten Anlage(n) (Revisionszeiten, Havarie etc.) sind notwendige Vorkehrungen und Regelungen zu

treffen, um die Behandlung/Verwertung der vertraglichen Abfallmengen jederzeit sicherzustellen (vgl. Ziffer 5.3 lit. a) des Verfahrensleitfadens).

2.1.3 Ausfallverbund

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den vom Auftraggeber bzw. einem von ihm beauftragten Dritten an die Entsorgungsanlage des Auftragnehmers angelieferten Abfall unter eigener Verantwortung und auf eigene Rechnung außerhalb seiner vorgesehenen Anlage zu entsorgen, wenn diese ganz oder zeitweise ausfällt oder der angelieferte Abfall nicht vollständig in der vorgesehenen Anlage übernommen werden kann.

<XXX>

Es wird auf Ziffer 5.3 lit. a) des Verfahrensleitfadens verwiesen.

Erkennbare Störungen des Entsorgungsbetriebes, insbesondere wegen Revisionsarbeiten, sind dem Auftraggeber rechtzeitig zu benennen und die Auswirkungen mit ihm abzustimmen.

Gegebenenfalls anfallende Mehrkosten, einschließlich Transportmehrkosten des Auftraggebers, gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

2.1.4 Erreichbarkeit und Meldepflichten

Durch den Auftragnehmer ist von Montag bis Freitag in der Zeit von 7:00 bis 17:00 Uhr eine durchgehend besetzte, deutschsprachige, qualifizierte Erreichbarkeit sicherzustellen. Dafür hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber eine zentrale Telefonnummer zu nennen.

Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich über Leistungsstörungen (bspw. die Nichtgewährleistung der Abfallannahme/-übernahme, Ausfall der Waage) zu informieren. Etwaige Logistikkosten, die dem Auftraggeber aufgrund einer Leistungsstörung entstehen, sind vom Auftragnehmer zu tragen.

Die Behebung von Mängeln hat der Auftragnehmer verschuldensunabhängig (mit Ausnahme von höherer Gewalt) unverzüglich durchzuführen. Für die Behebung von Mängeln wird kein über das normale Leistungsentgelt hinausgehendes Entgelt gezahlt.

2.2 Behandlung/Verwertung von Siedlungsabfällen

2.2.1 Leistungsumfang

Die Leistung umfasst die Übernahme und Behandlung/Verwertung der von den Auftraggebern bzw. deren beauftragten Dritten angelieferten Siedlungsabfälle einschließlich der Entsorgung/Vermarktung der bei der Behandlung/ Verwertung entstehenden Outputfraktionen (Behandlungsreste, Wertstoffe usw.).

2.2.2 Übernahme der Abfälle

a) Anlagenstandort

Es ist Aufgabe des Auftragnehmers, die Übernahme der gegenständlichen Abfälle am Standort der vorgesehenen Behandlungs-/Verwertungsanlage zu ermöglichen.

Der Standort der Behandlungs-/Verwertungsanlage darf nicht weiter als 250 km von folgenden, losbezogenen Messpunkten entfernt sein:

- Los 1: Umladestation des AWVC
(Weißer Weg 180, 09131 Chemnitz,
Geo-Position: 50.84996671192948, 12.980298196896618)
- Los 2: Verbandssitz des ZAS
(Schlachthofstraße 12, 09366 Stollberg/Erzgebirge,
Geo-Position: 50.713748181023384, 12.779550379611168)
- Los 3: Umladestation der KEV
(Alte Reichenbacher Str. 76, 08606 Oelsnitz/Vogtland,
Geo-Position: 50.43210683276939, 12.192532838400211)

Maßgeblich ist die kürzeste mit einem beladenen Sattel-/Containerzug befahrbare Straßenverbindung (einfache Strecke) auf Grundlage des Routenplaners www.reiseplanung.de (mit den Routeneinstellungen „kürzeste“ Strecke und „LKW (40t)“ - ohne verkehrsbedingte Einschränkungen).

Hinweis:

Der Standort der Behandlungs-/Verwertungsanlage ist wertungsrelevant (vgl. Ziffer 5.4 des Verfahrensleitfadens) und daher im Anhang 4 zum Angebotsformular verbindlich zu benennen. Die Übernahme der leistungsgegenständlichen Abfälle an mehreren als nur einem Standort ist grundsätzlich zulässig. In diesem Fall sind im Anhang 4 zum Angebot neben den jeweiligen Anlagenstandorten auch die anteiligen Abfallmengen anzugeben, die an den vorgesehenen Anlagenstandorten vom Auftraggeber übernommen und behandelt/verwertet werden.

Die vom Auftraggeber bzw. dessen beauftragten Dritten angelieferten und zu behandelnden/zu verwertenden Siedlungsabfälle sind stets am Standort der verbindlich benannten Behandlungs-/Verwertungsanlage zu übernehmen. Eventuelle zusätzliche Handlings- oder Transportkosten (bspw. aufgrund einer Störung) fallen in den Zuständigkeitsbereich des Auftragnehmers und sind von diesem zu tragen.

b) Anlieferzeiten

Für die Anlieferung der leistungsgegenständlichen Abfälle durch den Auftraggeber oder dessen Beauftragten hat der Auftragnehmer folgende Mindestannahmezeiten zu garantieren:

- Montag bis Freitag: 6:00 bis 22:00 Uhr
- Samstags: 6:00 bis 15:00 Uhr (vor bzw. in und nach Feiertagswochen)

c) Technische und organisatorische Abwicklung

An der Behandlungs-/Verwertungsanlage ist eine den gesetzlichen Anforderungen (gem. Mess- und Eichgesetz – MessEG bzw. Mess- und Eichverordnung – MessEV) entsprechende LKW-Waage vorzuhalten, an der die Anlieferungen im Rahmen der Öffnungszeiten durch den Auftragnehmer verwogen werden. Dem Auftraggeber oder dessen Beauftragten ist eine Stelle zur Verkipfung der Anlieferungen zuzuweisen.

Lage, Größe und Befestigung der vorzuhaltenden Wege und Flächen an der Anlage müssen so beschaffen sein, dass während der Öffnungszeiten eine ungehinderte Zufahrt (von der nächstgelegenen öffentlichen Straße), ein ungehindertes Heranfahren an die Waage und die Kippstelle sowie eine ungehinderte Wegfahrt gewährleistet wird. Ebenfalls sind auf den Wegen und Flächen eine bedarfsgerechte Straßenreinigung sowie der Winterdienst durchzuführen.

Die Anlieferung der Abfälle mit geeigneten und gängigen Transportsystemen (insb. Pressmüllfahrzeug, Schubboden, Containerzug oder Presscontainer) ist zu gewährleisten. Dies umfasst auch die Möglichkeit des Rangierens mit den vorgenannten Transportsystemen auf dem Betriebsgelände (insb. im Waage- und Entladebereich).

Die Aufenthaltszeit an der Behandlungs-/Verwertungsanlage (ab Einreihung in die Warteschlange vor Einfahrt bis zum Verlassen des Betriebsgeländes der Anlage) darf 60 Minuten nicht überschreiten. Der Auftragnehmer verpflichtet sich diesbezüglich, bei der Zeiterfassung und -dokumentation (kostenfrei) mitzuwirken (bspw. durch Unterschriften, Stempel o.ä.).

2.2.3 Abfallbehandlung/-verwertung

Anforderungen an die Behandlung/Verwertung

Die Behandlung/Verwertung der zu übernehmenden Abfälle wird verfahrens- und technikoffen ausgeschrieben, d. h. es erfolgt seitens des Auftraggebers diesbezüglich keine Festlegung.

Zum Einsatz kommen können somit alle rechtskonform möglichen und insoweit in Deutschland üblichen Verfahrenstechniken (aus Sicht des Auftraggebers sind dies insbesondere thermische Verfahren und/oder mechanisch-biologische Verfahren). Dabei kann z. B. auch eine mechanische Abtrennung und separate thermische Behandlung bzw. energetische Verwertung hoch- u. mittelkalorischer Abfallbestandteile erfolgen (z. B. als Ersatzbrennstoff in Kraftwerken oder anderen Feuerungsanlagen). Eine Deponierung der Abfälle ohne vorhergehende Vorbehandlung (Rohmülldeponierung) durch den Auftragnehmer ist nicht zulässig.

Die für die thermische Behandlung bzw. energetische Verwertung eingesetzten Anlagen müssen über einen Verwertungsstatus verfügen, d.h. einen R1-Wert von mind. 0,60 (bei vor dem 31.12.2008 genehmigten Anlagen) bzw. einen R1-Wert von mind. 0,65 (bei ab 01.01.2009 genehmigten Anlagen) erreichen.

Sämtliche bei der Abfallbehandlung/-verwertung anfallenden Reststoffe, Umwandlungsprodukte usw. sind einer ordnungsgemäßen und schadlosen Entsorgung zuzuführen.

Die Bieter müssen für die ihrem Angebot entsprechenden Teilschritte (bspw. Lagerung, ggf. Vorbehandlung/Sortierung, Behandlung/Verwertung sowie Entsorgung/Vermarktung der bei der Behandlung/Verwertung anfallenden Outputfraktionen) die jeweils geltenden gesetzlichen Anforderungen (insbesondere 17. BImSchV, 30. BImSchV, Deponieverordnung) einhalten. Über die gesetzlichen Regelungen und Grenzwerte hinausgehende Anforderungen werden an den Auftragnehmer nicht gestellt.

Alle mit den o. g. Teilschritten/Tätigkeiten verbundenen Kosten sind vom Auftragnehmer zu tragen und in seiner Angebotskalkulation zu berücksichtigen.

2.2.4 Abfallzusammensetzung/-qualität

Die vom Auftraggeber angelieferten Abfallmengen setzen sich im Wesentlichen aus folgenden Abfallfraktionen zusammen:

- Gemischte Siedlungsabfälle (AVV 20 03 01)*
- Siedlungsabfälle a.n.g. (AVV 20 03 99)
- Marktabfälle (AVV 20 03 02)
- Altholz (AVV 20 01 38) (Kleinstmenge; bis Klasse 3)
- andere nicht biologisch abbaubare Abfälle (AVV 20 02 03)
(Kleinstmenge Grünschnitt; Neophyten, Buchsbaum)

** Von den Restabfällen getrennt gesammelte/erfasste Bioabfälle fallen nicht hierunter und werden dem Auftragnehmer nicht angeliefert. Die Verwertung von getrennt gesammelten/erfassten Bioabfällen ist nicht Bestandteil der vorliegenden Ausschreibung.*

Der Auftraggeber ist darüber hinaus berechtigt, aber nicht verpflichtet, dem Auftragnehmer als Bestandteil der Abfallmengen (in unerheblichem Umfang) die folgenden Abfallfraktionen anzuliefern:

- Verpackungen (ohne getrennt gesammelter kommunaler Verpackungsabfälle AVV 15 01)
- Holz, Glas, Kunststoffe (AVV 17 02)
- gemischte Bau- und Abbruchabfälle (AVV 17 09 04)
- Spitze und scharfe Gegenstände (AVV 18 01 01)
- Abfälle, an deren Sammlung und Entsorgung aus infektionspräventiver Sicht keine besonderen Anforderungen gestellt werden (z. B. Wund- und Gipsverbände, Wäsche, Einwegkleidung, Windeln), insbes. Krankenhausabfälle (AVV 18 01 04)
- Sonstige Abfälle (AVV 19 12 12)

Der Auftragnehmer hat sämtliche vom Auftraggeber zur Behandlung/Verwertung überlassenen Abfälle zu behandeln/zu verwerten und zu entsorgen.

Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf eine bestimmte Zusammensetzung/Qualität der zu behandelnden/zu verwertenden und zu entsorgenden Abfälle.

Sofern in den übernommenen Abfällen Bestandteile enthalten sind, die vom Auftragnehmer in seiner Anlage nicht behandelt/verwertet werden können, hat er diese auf eigene Kosten einer anderweitigen ordnungsgemäßen und schadlosen Entsorgung zuzuführen.

Der Auftraggeber haftet nicht für etwaige Schäden, die durch die von ihm übergebenen Abfälle verursacht werden.

2.2.5 Abrechnung und Nachweisführung

Die Abrechnung der Leistung erfolgt auf Grundlage der Wiegescheine/ Lieferscheine der Entsorgungsanlage (Input-Verwiegung). Die Wiegescheine/ Lieferscheine sowie die Wiegestatistiken sind dem Auftraggeber im Rahmen der monatlichen Abrechnung zur Verfügung zu stellen.

Die Wiegescheine/ Lieferscheine müssen mindestens folgende Daten enthalten:

- Name und Adresse der Entsorgungsanlage
- Abfallfraktion
- Herkunft der angelieferten Abfälle
- Name/ Firmenbezeichnung des Anlieferers
- Fahrzeugkennzeichen
- Datum und Uhrzeit der Verwiegung
- Ausdrucksdatum
- Brutto-, Tara- und Nettogewicht
Das Bruttogewicht darf nicht manuell eingegeben werden, sondern ist maschinell entsprechend der Verwiegung zu erfassen. Das Taragewicht muss bei jeder Verwiegung neu bestimmt werden.
- Name/ Firmenbezeichnung und Unterschrift des Wägers.

Sind die Daten der Wiegescheine/ Lieferscheine aus Sicht des Auftraggebers unplausibel, so kann dieser anordnen, dass die Wiegungen zusätzlich durch eine von ihm zu bestimmende Wiegeeinrichtung für einen begrenzten Zeitraum vorzunehmen sind.

Der Auftraggeber bzw. seine Beauftragten sind darüber hinaus berechtigt, Einsicht in die Verfahrensabläufe der Verwiegung und in sämtliche betriebstechnische Unterlagen der Waage und der entsprechenden Software (z. B. Beschreibung, Bedienungsanleitung, Bauartzulassung, Eichschein) sowie in die kompletten Wiegeprotokolle (Protokollausdrucke) zu erlangen.

Für die Wiegeprotokolle gilt eine Aufbewahrungsfrist von 3 Jahren.

Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer bis zum 31.03. eines Jahres, für das jeweilige Vorjahr, einen Nachweis über die endgültige und ordnungsgemäße Entsorgung der leistungsgegenständlichen Abfälle (mit Angabe zu Input- und Outputströmen) zu liefern.

Des Weiteren hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber bis zum 31.03. eines Jahres den sich für das Vorjahr ergebenden R1-Wert der Behandlungs-/Verwertungsanlage mitzuteilen und dem Auftraggeber auf Verlangen dessen Ermittlung darzulegen.

Hinweis:

Gemäß Ziffer 5.5 des Verfahrensleitfadens behält sich der Auftraggeber nach dem Abschluss jedes Kalenderjahres eine Prüfung des tatsächlichen mittleren R1-Wertes der Behandlungs-/Verwertungsanlage(n) pro Kalenderjahr beim Auftragnehmer vor.

Die Energieproduktion und der Energieverbrauch in der/den Behandlungsanlage(n) ist daher so zu dokumentieren, dass die Einflussgrößen zur Ermittlung des R1-Wertes (Vergangenheitswerte zum produzierten Strom/zur produzierten Wärme der Anlage sowie zu den Energieverbräuchen im Rahmen einer Prüfung des tatsächlichen mittleren R1-Wertes durch den Auftraggeber oder einen vom Auftraggeber beauftragten Dritten nachvollzogen werden können.

3 Mengengerüst

3.1 Allgemeines

Nachfolgend werden die für den Ausschreibungsumfang relevanten Mengengerüste (Ist-Werte der Jahre 2021 - 2024 und die Prognosemengen für den Vertragszeitraum) dargestellt.

Alle Mengenangaben beziehen sich auf ein volles Kalenderjahr (d.h. 12 Monate). Für Rumpffahre finden die dargestellten Mengen (insb. hinsichtlich der Prognosemenge, der Mengengobergrenze und der Mengenguntergrenze) nur anteilig Berücksichtigung.

Die jährliche Prognosemenge stellt die Menge mit der aus heutiger Sicht höchsten Eintrittswahrscheinlichkeit dar.

Die Auswertung der Angebote erfolgt auf Grundlage der Mengenprognose gemäß Ziff. 3.3).

3.2 Mengenentwicklung (Ist)

Los	Bezeichnung	2021	2022	2023	2024	2025
		t	t	t	t	t
1	2	3	4	5	6	7
1	Siedlungsabfälle aus dem Gebiet des AWVC	34.772	33.623	34.004	34.559	34.274
2	Siedlungsabfälle aus dem Gebiet des ZAS	89.064	82.481	81.189	84.308	82.032
3	Siedlungsabfälle aus dem Gebiet des Vogtlandkreises	28.273	27.125	27.186	27.261	26.821
Gesamt		152.109	143.230	142.379	146.128	143.127

3.3 Mengenprognose (Auswertungsmengen)

Los	Bezeichnung	Prognosemenge
		t
1	2	3
1	Siedlungsabfälle aus dem Gebiet des AWVC	34.000
2	Siedlungsabfälle aus dem Gebiet des ZAS	86.000
3	Siedlungsabfälle aus dem Gebiet des Vogtlandkreises	27.000
Gesamt		147.000